

Es folgt die leicht gekürzte, von den HerausgeberInnen redigierte Dokumentation der Podiumsdiskussion. Astrid Damerow (CDU), Anita Klahn (FDP), Serpil Midyatli (SPD), Luise Amtsberg (Bündnis 90 / Die Grünen), Heinz-Werner Jezewski (Die Linke) und Flemming Meyer (SSW) diskutierten mit dem Publikum unter Moderation von Martin Link (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.).

Martin Link (Moderation): Bei der Verabschiedung des Antrags der Regierungsfractionen für eine Bundesratsinitiative zum Bleiberecht entstand der Eindruck, dass die Kriterien, die für ein Bleiberecht zu erfüllen sein sollen, von den Kieler Koalitionspartnern unterschiedlich definiert werden. Gibt es hier Widersprüche zwischen CDU und FDP?

Astrid Damerow (CDU): Wenn Sie unseren Antrag lesen, dann beginnt der oben mit „Kriterien sollen u.a. sein ...“. Das ist nicht nur irgend so ein Larifarisatz, das zeigt auch eine gewisse Flexibilität. Wir haben es nicht so ausführlich gemacht, weil wir hier eine Bundesratsinitiative anstoßen, die eine Diskussionsgrundlage sein soll. Das war die Intention unseres Antrages.

Anita Klahn, (FDP – in Vertretung für Gerrit Koch): Es gibt bei jeder Beurteilung noch etwas zwischen schwarz und weiß. Es geht um Menschen. Es geht um individuelle Situationen und Schicksale. Wir sagen grundsätzlich, man braucht Rahmenbedingungen. Und anhand dieser Rahmenbedingungen gibt es mit Sicherheit Möglichkeiten, wo man individuell gucken muss. Für uns ist natürlich die Sicherung des Lebensunterhalts ein wichtiger Punkt. Gleiches gilt für Deutschkenntnisse. Denn ohne Deutschkenntnisse wird man sich hier in diesem Land nicht integrieren und keine Arbeitsstelle finden können. Worüber wir sicherlich nachdenken müssen, und das tun wir auch schon länger, sind die Zugangsvoraussetzungen. Wenn Sie sehen, dass Menschen kein Geld haben und ihre Integrationskurse selbst bezahlen sollen, funktioniert das natürlich nicht. Das sind alles Dinge, wo wir hinschauen müssen. Wir sagen natürlich, man kann von niemanden verlangen, dass er arbeiten soll, egal wie alt ist er, in welcher gesundheitlichen Verfassung ist er. Auch ein Kriterium ist das soziale bürgerschaftliche Engagement. Dabei sind fehlende Sprachkenntnisse natürlich eine Hürde. Ich kann doch niemanden zwingen in einen Sportverein, in einen Chor zu gehen oder was auch immer vor Ort zu machen. Da muss ich die Menschen hinführen. Da muss ich Mechanismen entwickeln. Und ich glaube, am Ende werden wir eine Lösung finden, die den Menschen weiterhelfen wird.

Martin Link: Vielen Dank. Es geht weiter mit Luise Amtsberg, Bündnis 90 / Die Grünen. Sie haben ja eigentlich den Antrag für eine Bleiberechtsregelung in den Landtag gebracht – diskutiert wurde jedoch in erster Linie der Vorschlag des Justizministers Schmalfuß. Wie stehen Sie dazu?

Luise Amtsberg (Bündnis 90 / Die Grünen): Dass unser Antrag, der ganz klar ein humanitäres Bleiberecht vorsieht, keine Bedeutung in dem Prozess gefunden hat, liegt sicher daran, dass wir einen Vorstoß aus dem Ministerium bekommen haben, der Ideen vorgelegt hat. Aber die eigentliche Intention des Ministers, nämlich die Situation von Geduldeten in Schleswig-Holstein entscheidend zu verbessern, ist unserer Ansicht nach nicht gelungen. Mir reicht es nicht, wenn ich von Seiten des Ministeriums höre, dass ihr Vorschlag keine Bleiberechtsregelung sei, sondern ein Aufenthaltstitel für gut Integrierte. Denn das, was Geduldete brauchen hier in Schleswig-Holstein, ist ein humanitäres Bleiberecht. Und das wurde nicht diskutiert. Ich denke, dass wir spätestens nach den Anhörungen der Verbände hätten erkennen müssen, dass wir da mit dem Vorstoß des Ministers auf dem falschen Weg sind. Ich glaube, dass wir das Problem nicht damit lösen, sondern dass wir uns spätestens nächstes Jahr mit derselben Frage wieder auseinandersetzen müssen. Und dann ist hoffentlich klar, dass wir uns einem humanitären Bleiberecht zuwenden.

Martin Link: Frau Midyatli, die SPD hat sich ja in der Abstimmung das Eckpunktepapier des Ministers der schwarz-gelben Landesregierung zu eigen gemacht. Meine Frage: Ist es der oppositionellen SPD tatsächlich genug, was der zuständige Minister in Sachen gesetzliche Bleiberechtsregelung plant, oder könnte sich die SPD da auch mehr vorstellen?

Serpil Midyatli (SPD): Klar kann man immer sagen, es geht noch nicht weit genug. Aus der Opposition heraus haben wir uns dafür entschieden, um deutlich zu machen, dass innerhalb der regierungstragenden Fraktionen hier unterschiedliche Auslegungen des Vorschlages des Ministers im Raum stehen. Wir haben heute ja auch eindrucksvoll gesehen: gerade, was den Lebensunterhalt angeht, gehen die Meinungen auseinander. In erster Linie geht es uns um die ca. 1800 Menschen, die zur Zeit betroffen sind und zum 31.12.11 auf eine Einigung bzw. Lösung warten. Daher haben wir uns dazu entschieden diesen Weg zu gehen.





Martin Link: Herr Jezewski, was halten Sie davon, dass Geduldete nur ein Bleiberecht erhalten sollen, wenn Sie genug verdienen für sich und ihre Familie?

Herr Jezewski (Die Linke): Ich habe in der Landtagsdebatte schon gesagt, ich will nicht mehr unterscheiden nach wirtschaftlich Nützlichen und nach Überflüssigen. Wo das hinführt, haben wir alle in diesem Land viel zu oft erlebt. Es ist ja in der Mehrheitsgesellschaft genauso, auch da unterscheiden wir nach Nützlichen und Überflüssigen. Rosa Luxemburg hat gesagt, die einzige revolutionäre Tat ist es zu sagen, was ist. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wie kann ich denn von jemand erwarten, dass er seine Familie ernährt - natürlich kann ich das von jedem erwarten, wenn ich ihm entsprechende Unterstützung angedeihen lasse - wie kann ich denn von ihm erwarten, dass er seine Familie ernährt, wenn er a) seinen Bildungsabschluss aus seinem Heimatland nicht anerkannt bekommt und b) faktisch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hat. Zuerst muss er eine Stelle kriegen, dann muss er nachweisen, dass die Arbeitsagentur keine anderen Deutschen findet dafür, und dann darf er vielleicht arbeiten. Gleichzeitig sage ich zu ihm: du musst dein Geld verdienen. Das funktioniert nicht. Wie kann ich von einem Sprachkenntnisse erwarten, ehrenamtliches Engagement erwarten, wenn ich ihm a) keinen Deutschkurs gebe, und wenn ich ihm b) noch verbiete zu arbeiten. Also wir schmeißen ihm möglichst viele Steine in den Weg.

Martin Link: Was meinen Sie, Herr Meyer, warum fällt es der nicht-dänischen Mehrheit im Kieler Landtag so schwer, eine größere Weitherzigkeit umzusetzen in der Ausgestaltung der Bleiberechtsregelung?

Flemming Meyer (SSW): Ich kann schwer einschätzen, was da los ist. Ich kann mich nur wundern. Ich denke, Politik muss einfach immer nach vorne gerichtet sein. Der humanitäre Aspekt fehlt auch mir in der Debatte. Die meisten machen sich ja gar keine Gedanken, was das für einen Menschen bedeutet, der in ein Land flieht, was er sich ja nicht ausgesucht hat, und dort nicht einmal die Möglichkeit hat, sich wirklich zu entfalten. Ich kann ja nachvollziehen, dass man manchmal auch einen Kompromiss eingehen soll, aber ich möchte noch einmal daran erinnern: das deutsche Parteiengesetz schreibt ganz klar vor, dass die Parteien die Aufgabe haben, meinungsbildend zu sein. Diese Aufgabe, meinungsbildend zu sein, kommt oft zu kurz in dieser Gesellschaft. Ich glaube, wenn wir diese Aufgabe ein wenig ernster nehmen wür-

den, und dabei gerade den humanitären Aspekt mit einbeziehen würden, der für mich doch sehr, sehr wichtig ist, dann würde man vielleicht erreichen, dass es anders aussehen würde in diesem Land.

Martin Link: Vielen Dank. Die Diskussion ist eröffnet. Hier sehen Sie die Vertreterinnen und Vertreter des gesamten Landtags. Wir haben zusätzlich Herrn Scharbach als Vertreter der Fachaufsicht dazu gebeten, um uns seinen Sachverstand in dieser Diskussion zu sichern.

Dietrich Eckeberg (Publikum): Ich komme aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen, bin hauptberuflich in der Flüchtlingsberatung tätig und kann deshalb Frau Boettchers Vortrag nur bestätigen. Die Regelungen der Altfallregelung für Geduldete sind völlig entfernt von der Realität, sie haben gar nichts zu tun mit der Ausgangslage, in der die Menschen leben. Ich möchte Sie einladen, mit Flüchtlingen zu reden. Arbeitsverbote und nachrangiger Arbeitsmarktzugang führen zu Langzeitarbeitslosigkeit mit allen Folgeproblemen. Wenn es den Menschen gelingt, Arbeit zu finden, dann nur prekäre Arbeit im Niedriglohnsektor, weil ja die mitgebrachten Qualifikationen nicht anerkannt werden. So ist die Ausgangslage, trotz der überproportionalen Motivation dieser Menschen. Gleichzeitig bin ich schockiert über die Aussage von Herrn Scharbach, dass noch nicht feststeht, nach welchen Kriterien die Aufenthaltserlaubnisse der Menschen verlängert werden, die von der Gesetzlichen Altfallregelung profitiert haben, die zu Jahresende ausläuft. Können Sie wirklich keine Aussage zu Ende des Jahre machen?

Serpil Midyatli (SPD): Ich bin es langsam ein bisschen leid, wie wir über die Menschen reden, dieses Hilfestellende, dieses Bemutternde. Das sind selbstbewusste, gut qualifizierte Menschen. Alle, die sich mit der Thematik auseinandersetzen, wissen, dass nur die Allerbesten es bis nach Deutschland schaffen. Es kommen Menschen her, die in ihren eigenen Ländern schon entweder in der Mittel- oder Oberschicht gewesen sind. Wir müssen schauen, was möglich ist, und dann Schritt für Schritt vorgehen. Es wird andere Mehrheiten geben, und glauben Sie mir, der Markt - gerade der Fachkräftemangel, gerade der demografische Wandel in diesem Land - wird das Land beeinflussen. Denn die Unternehmerinnen und Unternehmer werden sagen: die sollen bleiben, die brauche ich für meinen Job. Und was glauben Sie, wie schnell in der Politik dann Meinungen geändert werden!



Martin Link: Es war noch Herr Scharbach angesprochen.

Herr Scharbach (Leiter der Ausländer- und Integrationsabteilung im Justizministerium): Ich kenne die Probleme. Wir können dem Befund von Frau Boettcher überhaupt nicht widersprechen. Aber die Musik wird in Berlin gemacht. Wir müssen feststellen: der Deutsche Bundestag hat sich noch im Februar diesen Jahres abschlägig zu jedweder Änderung im Bleiberechtssystem geäußert. Bei der Innenministerkonferenz herrscht Einstimmigkeitsprinzip. Deswegen ist der Bundesrat die einzige Möglichkeit, um überhaupt eine Bewegung in die Debatte zu bekommen. Dass man darüber noch viel mehr tun kann, das ist Sinn dieser Veranstaltung. Das Ministerium hat den Auftrag des Landtages, Kriterien zu entwickeln, das werden wir gerne tun, und dann hat man möglicherweise die Chance, die Diskussion weiterzutreiben. Das würde ich nicht kleinreden.

Herr Jezewski (Die Linke): Bei der Anhörung im Landtag hatten wir den Leiter einer Ausländerbehörde am Tisch. Der hat gesagt, für die 100 Menschen mit Duldung, die in seinem Kreis leben, würde es nach den Kriterien der geplanten Regelung auch keine Lösung geben. Selbst wenn wir diese Regelung auf Bundesebene durchsetzen können – sie wäre ein reines Alibigesetz.

Frau Damerow (CDU): Ich gebe Ihnen ja recht, dass wir hier noch eine ganze Menge zu tun haben, auch in Bezug auf den Fachkräftemangel. Ich will aber auch darauf hinweisen, dass man auf Bundesebene bereits die ersten Schritte gegangen ist. Wir haben Ende September im Bundestag ein Gesetz verabschiedet zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Auch in vielen anderen Bereichen passiert Einiges. Es stimmt, die Menschen, die hierher kommen, sind in aller Regel ausgesprochen motiviert und meist ungeheuer findig. Sonst hätten sie es, wie Frau Midyatli sagte, gar nicht bis hierher geschafft. Dieses Potenzial verschenken wir in vielerlei Hinsicht. Ich glaube, es besteht vollständige Einigkeit, dass wir insgesamt noch nicht da sind, wo wir uns vielleicht gerne sehen möchten. Ich kann hier nur dafür werben, auch diese kleinen Schritte nicht so negativ zu sehen. Ich kann für meine Partei oder für meine Fraktion sagen: ich bin sehr froh, dass wir diesen Schritt hinbekommen haben. Wir haben darüber viele Diskussionen geführt, und wenn man mal die Beschlusslage aus dem Ausschuss, also das CDU-/FDP-Papier und das Eckpunktepapier des Ministeriums nebeneinander legt, wird man feststellen, dass sie sich in keiner Weise widersprechen. Abschließend will ich

auch noch mal darauf hinweisen: wir reden noch nicht von einer Landesregelung. Wir reden hier von Eckpunkten als Diskussionsgrundlage für ein Bundesgesetz, das wir – wenn es zustande kommt – irgendwann hier im Lande umsetzen müssen, auf dem Erlass- oder Verordnungsweg. Auf vielen Ebenen haben wir dann noch unseren eigenen Spielraum. Deshalb möchte ich hier auch für ein wenig mehr Akzeptanz werben. Danke.

Doris Kratz-Hinrichsen (Publikum): Es ist von Ihnen darauf hingewiesen worden, man müsse die Menschen an die Hand nehmen. Ich möchte da gerne erwähnen, dass in den Migrationsfachdiensten derzeit Stellen gekürzt werden. Die Auslastung der Migrationsfachdienste liegt bereits jetzt bei 120 Prozent. Wer soll welche Menschen an die Hand nehmen, wenn hier weiter Stellen gekürzt werden? Viele unserer Kollegen wissen auch nicht, ob sie nächstes Jahr noch arbeiten werden. Für mich spielt aber auch noch mal die Perspektive der Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe eine Rolle, deren weiterer Aufenthalt ungewiss ist: Was erzählen wir den Leuten zum 31.12.2011? Wie wollen Sie darauf reagieren?

Herr Scharbach (MJGI): Ich kann Ihnen zumindest sagen, was nicht passieren wird: es wird nicht am 2. und 3. Januar 2012 eine große Abschiebungswelle geben, das ist Unfug. Was passieren kann, ist, dass Menschen in die Duldung zurückfallen. Aber dazu möchte ich noch einmal sagen, was der Ausgangspunkt der Diskussion ist: es gibt keinen Rechtsanspruch auf ein Hierbleiben. Politische Flüchtlinge sind diese Menschen nicht, das haben Gerichte festgestellt. Es gibt keinen Anspruch darauf im Aufenthaltsgesetz. Das ist es, was unsere Initiative ändern soll, das ist der eine Punkt. Der andere Punkt: der Charme einer Bundesratsbefassung ist, dass es in der Innenministerkonferenz ein ungeschriebenes Gesetz gibt: „Wir in der Innenministerkonferenz beschäftigen uns weder positiv noch negativ mit einer Sache, die im Bundesrat eingebracht ist.“ Wir alle wissen, dass so ein Verfahren lange dauert. Das wäre ein Hebel, um sozusagen informell die auslaufende Altfallregelung zu verlängern – formell läuft sie aus. Aber dadurch könnte den Menschen ein großer Teil der Unsicherheit genommen werden. Das ist ein Weg – und ich glaube weiterhin nicht, dass es eine Alternative gibt, dass nämlich die Innenministerkonferenz sagen wird: wir verlängern die alte Regelung noch mal um zwei Jahre. Deswegen ist auch das ein Vorteil einer solchen Initiative.



Serpil Midyatli (SPD): Wie ist den Menschen konkret in den nächsten sechs Wochen zu helfen? Natürlich unterstütze ich so einen Vorstoß wie die Bundesratsinitiative, bevor die Leute in ein Loch fallen und gar nicht wissen, was passiert. Es passiert ja auch etwas in dieser Gesellschaft. Wir reden gerade über 50 Jahre deutsch-türkisches Gastarbeiterabkommen. Wo sind wir gestartet und wo sind wir jetzt? Seit 2005 haben wir Integrationskurse. Es geht also vorwärts, Schritt für Schritt in unserem Land. Ich wollte meinen Beitrag auch nicht so verstanden haben, dass wir sagen, der Fachkräftemangel allein wird dazu führen, dass wir alle umdenken. Aber es wird helfen. Glauben Sie mir, die Medien werden anders berichten. Die Leute auf der Straße werden anfangen anders zu reden. Es ist auch etwas, was eine Gesellschaft mit verändert. Ob wir nun sagen, aus wirtschaftlichen oder aus humanitären Gründen: wichtig ist doch, dass die Menschen die Möglichkeit bekommen, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

Martin Link: Wir kommen jetzt zu einer letzten Wortmeldung und nehmen die dann gleich als Einstieg für eine Schlussrunde auf dem Podium.

Peter Pfahl (Publikum): Ich bin Leiter der Ausländerbehörde des Kreises Steinburg. Ich möchte, dass Sie wissen, dass hier die Ausländerbehörden vertreten sind - was mir sehr, sehr wichtig ist und mir am Herzen liegt. Weil ich auch darauf hoffe, dass ich Lösungen finde für einige Fälle. Ich habe gerade ein Problem: ich habe das Vertrauen vieler Geduldeter gewonnen, die jetzt tatsächlich zu mir kommen und sagen, es tut mir leid und es ist mir auch peinlich: ich bin eigentlich Herr Soundso und ich heiße soundso. Sie geben mir sogar ihren Nationalpass. Damit könnte ich sie abschieben - aber sie leben schon viele Jahre hier und haben sich integriert. Was mache ich mit denen? Ich finde keine Lösung und versuche, das hinauszuschieben, weil ich hoffe, dass wir noch eine Lösung bekommen.

Frau Damerow (CDU): Zunächst einmal ganz herzlichen Dank für den Blick aus der Ausländerbehörde. Insgesamt bedanke ich mich für die Einladung für den Abend. Es war für mich noch einmal eine Diskussion, die mir persönlich gezeigt hat, dass wir noch Einiges zu tun haben und dass wir auch Richtung Bundesratsinitiative als Regierungsfraktion noch einmal tätig werden müssen. Das ist angekommen und steht hier schon auf dem Zettel. Und ich glaube, dann hat der Abend auch schon ein Ergebnis

erzielt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Frau Klahn (FDP): Ich möchte darauf hinweisen, dass wir seit zwei Jahren in einer CDU-FDP-Regierung sind. Wir haben in dieser Zeit Einiges angepackt. Es hat keiner gefragt, warum man das nicht schon vor vielen Jahren gemacht hat. Vieles von dem, was man uns heute vorwirft, auch in anderen Themen, hört sich immer so an, als wenn wir schon unendlich lange an der Regierung sind und verantwortlich sind für Alles. Die FDP ist dafür, die Freiheit des Einzelnen hochzuhalten, und wir kämpfen und werben immer wieder aufs Neue dafür. Das gilt für alle Menschen.

Luise Amtsberg (Bündnis 90 / Die Grünen): Frau Midyatli hat gefragt: ist es möglich, die Dinge ad hoc und sehr schnell zu verändern? Darauf möchte ich ein Antwort geben: Ja, es ist möglich, ein humanitäres Bleiberecht einzuführen. Es ist möglich, Arbeitsverbote und nachrangigen Arbeitsmarktzugang jetzt abzuschaffen. Es ist möglich, Sprachkurse zu öffnen für Flüchtlinge. Es ist möglich, Optionszwang abzuschaffen. Es ist auch möglich, über die Situation in Abschiebehaftanstalten nachzudenken, oder über die Unterkunftssituation und die Situation von Flüchtlingen. Wir haben für alles Ideen. Wir müssen es nur umsetzen. Und vieles gerade in der Asylgesetzgebung wäre sogar kostenlos.

Serpil Midyatli (SPD): Damit wären wir wieder dort, wo wir angefangen haben. Nämlich bei den Mehrheiten. Ich bin immer noch davon überzeugt, dass wir die Mehrheitsgesellschaft mitnehmen müssen. Weil ich glaube, dass das langfristig gesehen allen Menschen hilft. Ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken für die rege Diskussion und den Austausch, den wir hatten. Das ist für uns immer sehr bereichernd, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Herr Jezewski (Die Linke): Ich möchte daran erinnern, dass sich nächstes Jahr zum 20. mal der Asylkompromiss jährt. Wir laborieren hier doch immer noch an den Problemen von 1992. Da sollte man hinschauen. Ganz zum Schluss noch etwas Persönliches. Ich kenne drei Wirtschaftsflüchtlinge. Der erste ist mir lieb und teuer. Er ist Wirtschaftsflüchtling, kommt aus Schottland und arbeitet hier als Maurer in Flensburg, weil er da mehr verdienen kann. Gegen den hat noch nie einer was gesagt. Der zweite ist ein guter Freund von mir, der vor einem Jahr nach Kolding gegangen ist, weil ein Taxifahrer in Flens-



burg ungefähr für vier bis sechs Euro die Stunde arbeitet und in Kolding für siebzehn die Stunde. Und der dritte ist ein junger Mann aus dem Senegal, der es geschafft hat, mit seiner Familie vor dem Verhungern hierher zu kommen. Komischerweise ist das der Einzige, über den ich Kritik höre. Darüber sollten wir nachdenken. Über das Abwertende, das in diesem Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ steht. Ich persönlich habe volles Verständnis für Menschen, die, um nicht zu hungern, in ein anderes Land gehen, wo es Ihnen besser geht.

Flemming Meyer (SSW): Ich will es ganz kurz machen. Ich habe ja Verständnis dafür, dass man sagt, man muss auch für Mehrheiten sorgen. Aber wenn wir Integrationskriterien aufstellen und jetzt schon sehen, dass sie fast keinen der Betroffenen in Wirklichkeit weiterbringen, dann kann es dies ja nicht gewesen sein. Wenn da nicht an den Kriterien gefeilt wird, nutzen mir auch keine Mehrheiten in Berlin. Das, glaube ich, schulden wir auch den Leuten, dass wir denen nicht irgendwelche Augenwischerei vormachen.

Herr Scharbach (MJGI): Wir haben jetzt eine ganze Weile über eine Übergangsregelung geredet, die versucht, die Fälle, die uns vorliegen, irgendwie zu begründen. Unsere Bundesratsinitiative hat den Charme, etwas in die Zukunft

zu richten und klare Regelungen zu schaffen für zukünftige Fälle. Mein Megathema ist und bleibt die Integration von Menschen. Dafür brauchen wir Geld. Der Schlüssel für die Zukunft liegt natürlich auch darin, ausreichende Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, um ihnen Startchancen zu verschaffen. Mein Wunsch für zukünftige Zeiten wäre eine Realität gewordene Bundesratsinitiative, die eine solche Förderung beinhaltet, damit die Menschen die Kriterien dann auch erfüllen können.

Martin Link: Ich möchte zum Abschluss eine Zwischenbilanz ziehen: Die erste Etappe einer neuen Bleiberechtsregelung haben wir mit dem Landtagsbeschluss hinter uns, die zweite Etappe in Schleswig-Holstein wird der Kabinettsbeschluss sein. Die wichtigen Etappen finden aber anschließend auf bundespolitischer Ebene statt. Auch die kann man beeinflussen. Ich möchte deshalb an die Landtagsfraktionen appellieren, noch mal das Gespräch aufzunehmen mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf bundespolitischer Ebene. Vielen Dank.

Doris Kratz-Hinrichsen: Ich bedanke mich, dass alle da waren, so lange ausgehalten haben. Vielen Dank an alle Referentinnen und Referenten, Podiumsteilnehmer, den Vertreter des Ministeriums. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend – bis bald!

